

## DIE OBERBÜRGERMEISTERIN DER STADT HEIDELBERG

### Rede zur Einbringung des Haushalts für die Jahre 2005/2006 am 16. Dezember 2004

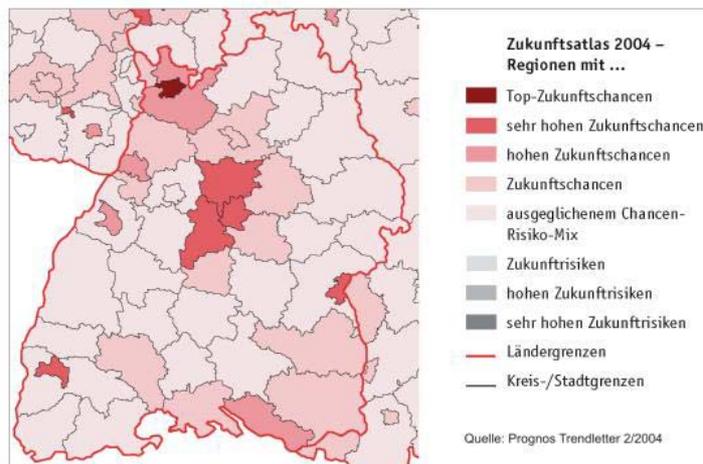
(Es gilt das gesprochene Wort / Sperrfrist bis 16.12.2004, 16:00 Uhr)

#### Heidelbergs Stärken in Deutschland!

Heidelberg ist einer der interessantesten Standorte für Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland. Im Ranking der Prognos AG aller 439 Stadt- und Landkreise ist Heidelberg nach dem Raum München und Darmstadt die Nr. 6 in Deutschland, in Baden-Württemberg die Nr. 1. Der Prognos-Berater Tobias Koch kommentiert: „Heidelberg zeigt, dass es besonders dynamisch ist und bezogen auf seine Größe ein sehr hohes Stärkeniveau erreicht.“ 29 Kriterien belegen: unsere Zukunftsaussichten sind hervorragend!

Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006  
Stadt Heidelberg

#### Prognos Zukunftsatlas 2004



Stadt  
Heidelberg

①

(Folie 1)

Diese und weitere Rankings der letzten Wochen, z. B. beim „Innovationsindex“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg oder beim „Kulturfinanzbericht 2003“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, in denen Heidelberg gut bis sehr gut abgeschnitten hat, sind Beweis dafür, dass u. a. unsere Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes erfolgreich waren.

In Anbetracht der allgemeinen wirtschaftlichen, der absehbaren demographischen Entwicklung und der drohenden Gefährdung der Arbeitsplätze gilt es, diesen Kurs weiter zu halten und in unseren Bemühungen um die Verbesserung von Lebensqualität und Wirtschaftskraft nicht nachzulassen.

Heidelberg ist in der glücklichen Lage, so die Prognose des Statistischen Landesamtes, bis 2020 deutlich an Einwohnern durch Zuwanderung zu gewinnen. Dies ist eine große Herausforderung für den lokalen Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

Dass wir dafür gerüstet sind, geht nicht zuletzt auf die konsequente Förderung zahlreicher Faktoren zur Aufwertung des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Heidelberg zurück:

- Wissenschafts- und Technologieentwicklung mit der Universität und den großen nationalen und internationalen Einrichtungen,

- enge Zusammenarbeit mit der Industrie, der mittelständischen Wirtschaft, dem Einzelhandel und dem Handwerk,
- breites Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen,
- interessantes und facettenreiches Kulturleben,
- guter und funktionsfähiger ÖPNV – lokal und regional,
- gute Bedingungen für Umweltschutz und Gesundheit,
- moderne Verwaltung,
- geringe soziale Spannungen und
- niedrige Kriminalität.

### Heidelberg und Region haben beste Chancen!

Das **Rhein-Neckar-Dreieck** besitzt das Potenzial, sich europaweit und in der Welt als eine starke Wirtschafts- und Wissenschaftsregion mit hoher Lebensqualität zu profilieren. Deshalb wurde die Initiative „Zukunft Rhein-Neckar-Dreieck“ als Impulsgeber ins Leben gerufen. Viele Unternehmen der Region beweisen schon seit Jahren in vielfältigen Projekten ihre Engagement, auch hier in Heidelberg. 16 führende Unternehmen (an der Spitze BASF, DaimlerChrysler und Heidelberger Druckmaschinen) haben im Februar d.J. eine „Unternehmererklärung zur Zukunft des Rhein-Neckar-Dreiecks“ unterzeichnet und sich gemeinsam dazu bekannt, die Initiative zu unterstützen. Den drei großen Städten Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen kommt in diesem siebtgrößten Ballungsraum Deutschlands mit 2,3 Millionen Einwohnern eine besondere Rolle zu.

Heidelberg steht idealerweise für den **Themenbereich "Internationalität und Weltoffenheit"**. Wir sind sozusagen einer der „Leuchttürme“ in der Region. Ich selbst habe hierfür die Themenpatenschaft übernommen.

Gegenwärtig werden folgende Themen bearbeitet:

1. Der Schulwettbewerb "Miteinander leben - voneinander lernen" soll den offenen Umgang mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen so früh wie möglich bewusst machen und fördern.
2. Mit einer neuen Website "Wish you were here" zeigen wir, wie attraktiv unsere Region für internationale Fach- und Führungskräfte ist. Wir wollen den Wettbewerb um die besten Köpfe gewinnen.
3. Der Beitritt des Rhein-Neckar-Dreiecks zum Global Compact ist ein Bekenntnis zu den ethischen Werten in einer globalisierten Wirtschaft. Diese Initiative der Vereinten Nationen fordert Werte wie Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und Schutz der Umwelt in den globalen Wirtschaftsstrukturen fest zu verankern. Das Rhein-Neckar-Dreieck ist die erste Region im Global Compact. Wir wollen die vielfältigen Bemühungen um diese Werte und die erzielten Erfolge vieler Partner in der Region auf der Ebene der Vereinten Nationen sichtbar machen.

2005 sollen alle internationalen Kontakte zusammen geführt werden, die in der Region bestehen. Mit unseren lokalen Ansprechpartnern überall in der Welt sollen strategische Partnerschaften entstehen. In der Biotechnologie ist dies bereits gelungen. Der Technologiepark arbeitet inzwischen mit 16 Zentren in Europa, Nord- und Lateinamerika sowie Asien zusammen. Die Region hat durch den Freundschaftsvertrag mit Qingdao, China, einen Anfang gemacht.

Wir sind überzeugt, dass das Rhein-Neckar-Dreieck auch das Potenzial besitzt, in Europa noch aktiver zu sein. Daher habe ich sehr gerne eine Einladung des neuen Präsidenten der Region Languedoc-Roussillon, Georges Frêche, angenommen, am 01. Oktober dieses Jahres ein Französisch-Deutsches Wirtschaftsnetzwerk in Montpellier ins Leben zu rufen. Damit wird zuerst eine enge Zu-

sammenarbeit des Rhein-Neckar-Dreiecks mit der Region Languedoc begonnen und der Wille bekundet, im kommenden Jahr ein Deutsch-Französisches Wirtschaftsnetzwerk bei uns zu gründen.

Heidelberg hat eine gute Position in der Region, muss jedoch weiter an „Leuchtkraft“ gewinnen. Es gilt daher, sich an weiteren Projekten der Zukunftsinitiative zu beteiligen. Sie reichen von der Definition des Erfolgsprofils unserer Region über Fragen der Verwaltung bis hin zur Entwicklung des Wissenschaftsstandorts vor allem im Bereich der Life Sciences. Die "Sportregion Rhein-Neckar-Dreieck" schließt die Stadt Heidelberg ein. An der "Kulturvision 2015" wird gemeinsam gearbeitet, auch wenn deren Vorschläge nicht in vollem Umfang von Heidelberg geteilt werden. Wir halten gerade die Vielfalt und Qualität unserer dezentralen Kultureinrichtungen für ein positives Merkmal der Region und freuen uns auf die neuen Impulse, die mit dem neuen Intendanten und dem Generalmusikdirektor von Heidelberg aus in die Stadt und die Region gehen werden.

Die Notwendigkeit, durch länderübergreifende Regelungen die Entwicklungen in der Region zu steuern und zu stärken, darf nicht dazu führen, dass die Städte ihre eigene Entwicklung nicht mehr selbst bestimmen können. Wer Heidelberg das Recht absprechen würde, ein Kongresszentrum zu errichten, schadet in erster Linie der Region. Die Stärke der Region liegt in ihrer polizentrischen Struktur – die großen Städte und die Landkreise haben ihr jeweils eigenes, unverwechselbares Profil, dies muss bewahrt werden. Nach innen und außen muss jedoch erkennbar werden, dass Wille und Kraft vorhanden sind, mit gemeinsamen Projekten und Vorhaben dort zusammen aufzutreten, wo dies in der Sache geboten und für die Region von Vorteil ist.

Mir ist wichtig, dass wir in der Region auch mit unseren Nachbargemeinden eng zusammen arbeiten. Die Regionale Kooperation, wie sie auch in unserem Stadtentwicklungsplan festgeschrieben ist, hat höchste Priorität.

### **Die Kommunale Selbstverwaltung muss weiter gestärkt werden!**

Die dringend gebotene Stärkung der Stellung der Kommunen in den Entscheidungsprozessen auf Bundesebene steht noch aus. Der Deutsche Städtetag hat dazu in einem Positionspapier gefordert, einen weiteren Satz in Artikel 28 Grundgesetz aufzunehmen: Die Gewährung der **Kommunalen Selbstverwaltung** umfasst auch die dazu erforderliche Finanzausstattung (bereits 1994 in der damaligen gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag eingebracht!). Außerdem fordert der Deutsche Städtetag, dass die kommunalen Spitzenverbände im parlamentarischen Geschäftsgang erneut angehört werden, wenn Vorlagen grundlegend verändert werden. Ein Anhörungsrecht für die kommunalen Spitzenverbände im Bundesrat bei kommunalen Angelegenheiten soll eingeführt werden, auch für den Vermittlungsausschuss. Leider scheint sich die gegenwärtige Föderalismusdebatte für uns nicht positiv auszuwirken.

Wir fordern eine **Gemeindefinanzreform**, die die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beseitigt. Dazu soll der nach der derzeitigen Verfassungspraxis mehrfach geübte „Durchgriff“ des Bundes über die Länder auf die Kommunen verhindert werden. Gegen den Bund selbst haben die Kommunen wiederum keinen Anspruch auf Kostenübernahme, weil eine direkte Finanzbeziehung zwischen beiden Ebenen nicht vorgesehen ist. Das Konnexitätsprinzip – auch zwischen Ländern und Kommunen nur begrenzt wirkungsvoll – wird dadurch umgangen und schützt uns nicht.

### **Keine Regulierung auf niedrigstem Niveau**

Die Kommunale Selbstverwaltung wird durch die Wettbewerbspolitik der Europäischen Kommission eingeschränkt. Den Städten soll die Wahlfreiheit genommen werden, ob **Dienstleistungen** für die Bürgerinnen und Bürger selbst, durch ihre Unternehmen oder durch Dritte erbracht werden.

Hatte die EU lokale und regionale Gebietsmonopole der **Daseinsvorsorge** in der Vergangenheit stets unangetastet gelassen, prüft die Kommission nunmehr, wann Ausnahmetatbestände vom EU-

Wettbewerbsrecht konkret vorliegen um ggf. die einzelnen Sektoren (Strom, Gas, Wasser, ÖPNV) dem Markt zu öffnen. Zu diesem Zweck legte sie in letzter Zeit vier Dokumente vor: Grün- und Weißbücher zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die eine Präferenz für eine sektorenweise Liberalisierung erkennen lassen, ein Grünbuch zu öffentlich-privaten Partnerschaften sowie den Entwurf einer Richtlinie „Dienstleistungen im Binnenmarkt“.

Wir befürchten unkontrollierte qualitative, soziale und ökologische Einbußen sowie Beeinträchtigungen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts. Erfreulicherweise behinhalten die neuen Art. II-96 und III-122 Satz 2 der künftigen EU-Verfassung ein Grundrecht auf Leistungen der Daseinsvorsorge sowie einen ausdrücklichen Gesetzgebungsbefehl zu deren Schutz und Förderung. Erstmals wird die Alleinzuständigkeit der Mitgliedstaaten festgeschrieben, zu definieren, was sie als Leistungen der Daseinsvorsorge ansehen wollen. Der jüngste Vorschlag der Kommission für eine Dienstleistungsrichtlinie erweckt allerdings den Eindruck, sie wolle die ihr in diesem Punkt „missliebige Rechtsprechung des EuGH [...] korrigieren“ (Brüssel Aktuell 35/2004, S. 3). Es gibt Tendenzen, dass die Kommunen zukünftig nicht einmal entscheiden dürfen, welches Unternehmen im Gemeindegebiet für die Grundversorgung zuständig sein soll.

Der Deutsche Städtetag hat daher gemeinsam mit den Maires de Grandes Villes, der Fédération Nationale des Sociétés d' Economie Mixte und dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) eine gemeinsame Erklärung zur Stärkung öffentlicher Dienstleistungen im Binnenmarkt abgegeben.

Drei Grundsätze sind besonders hervorzuheben:

- Die Kommunen müssen die Wahl haben zwischen unmittelbarer Aufgabenerfüllung und der Beauftragung von Unternehmen, deren Anteile entweder ganz oder teilweise in der Hand einer oder mehrerer Kommunen oder aber in privater Hand liegen.
- Es muss den Kommunen ausschreibungsfrei die Wahl offen stehen, Dienstleistungen entweder selbst oder durch eigene kommunale bzw. maßgeblich kommunal geprägte Unternehmen unterschiedlichster Organisationsform wahrzunehmen.
- Zurückzuweisen sind alle Lösungsmodelle, die dazu führen würden, dass die kommunalen Unternehmen von zwei Seiten einem Vergaberegime unterworfen werden: Zum einen in Bezug auf das Verhältnis Kommune/kommunales Unternehmen und zum anderen in Bezug auf die Verträge, die das Unternehmen im Hinblick auf die eigene Bedarfsdeckung abschließt.

In meiner Funktion als Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass diese Wahlfreiheit der Kommune erhalten bleibt.

### **Zahlreiche äußere Faktoren beeinflussen unseren kommunalen Haushalt!**

Die von den Städten eindringlich geforderte **Gemeindefinanzreform** mit einer Modernisierung der Gewerbesteuer durch die Einbeziehung der freien Berufe und erweiterte Hinzurechnungsmöglichkeiten ist gescheitert. Allerdings konnte die drohende Verschlechterung der Gewerbesteuer abgewendet werden. Die Absenkung der Gewerbesteuerumlage (um 36 Punkte in 2004, um 37 Punkte in 2005 und ab 2006 um 43 Punkte) ist keine Reformmaßnahme, sondern die längst überfällige Korrektur eines ungerechtfertigten Zugriffs auf das Gewerbesteueraufkommen, den sich Bund und Länder in Vorjahren im Steuersenkungsgesetz gesichert hatten. Die beschlossene Reform aus 2003 hat uns unter dem Strich zumindest 4,2 Mio. Euro an Soforthilfe gebracht. Neu hinzugekommen ist die Mindestgewinnbesteuerung, welche in Einzelfällen bereits spürbar wird, wobei wir die Auswirkungen erst im Jahr 2006 erwarten, da dann die Steuerveranlagung abgerechnet wird.

Mit der Einbringung des letzten Haushalts 2004 noch im Oktober 2003 habe ich Ihnen bereits den dramatischen Einbruch bei der **Gewerbesteuer** geschildert. Dieser Einbruch hat sich im laufenden Jahr auf niedrigem Niveau stabilisiert, so dass wir unseren Planansatz mit 51,5 Mio. Euro sehr wahrscheinlich um 6 – 7 Mio. Euro verfehlen werden, aber im Vergleich zum Ergebnis im Vorjahr mit 42,5 Mio. Euro einen Zuwachs von rund 6 % erreichen. Ich habe Ihnen regelmäßig über die Entwicklung im laufenden Jahr berichtet und Sie damit in die Lage versetzt, durch entsprechende Steuerungsbeschlüsse die Erwirtschaftung der Mindestzuführung an den Vermögenshaushalt sicherzustellen. Heute gehe ich davon aus, dass dieses gelingen wird, allerdings unter weitgehender Aufzehrung der von den Ämtern erwirtschafteten Überschüsse aus Vorjahren sowie weiterer Haushaltssperren. Die vollständige Auszahlung der Zuschüsse an Vereine und Verbände haben wir für das Jahr 2004 nur durch diese Sparmaßnahmen ermöglichen können.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer in Heidelberg unterscheidet sich stark von der Gewerbesteuerentwicklung im Land Baden-Württemberg. Dort wird eine durchschnittliche Steigerung um rund 23 % erwartet, die uns dann allerdings im Jahr 2006 im Rahmen des Finanzausgleichs wieder helfen könnte. Gleichwohl bleibe ich dabei: das System des kommunalen Finanzausgleichs in Baden-Württemberg ist dringend überholungsbedürftig, weil Einschnitte in der Mittelausstattung bisher immer diejenigen Gemeinden betroffen haben, die aufgrund ihrer Strukturschwäche Ausgleichszahlungen aus dem Finanzausgleich erhalten hatten. In Vorjahren wurde dieses ganz besonders dadurch deutlich, dass im Rahmen der Kindergartenförderung aus dem kommunalen Steuertopf die Stadt Heidelberg mit rund 3 Mio. Euro höher belastet wurde, als sie profitierte, während die steuerstarken Mittelstädte wie Walldorf nicht zur Finanzierung beitragen, trotzdem aber Zuschüsse erhalten.

Die von der Landesregierung angekündigten Mittelkürzungen von insgesamt rund 500 Mio. Euro zur Finanzierung des Landeshaushalts 2005 haben mich veranlasst, auf mehreren Ebenen aktiv zu werden und unter Beteiligung von Herrn Stadtkämmerer Lenz einen Meinungsumschwung sowohl im Städtetag als auch in den anderen kommunalen Spitzenverbänden zu erreichen, der zu einem Systemwechsel führen wird. Im Entwurf des Haushaltsstrukturgesetzes 2005 des Landes Baden-Württemberg werden jetzt erstmals diese Entzüge nicht aus dem für die steuerschwachen Gemeinden reservierten Ausgleichstopf vorwegentnommen, sondern in einer Stufe zuvor im Rahmen der von allen Gemeinden aufzubringenden sogenannten „**Finanzausgleichsumlage**“ finanziert. Im Ergebnis bedeutet das für Heidelberg, dass wir nicht mit mindestens 6 Mio. Euro, sondern „nur“ mit rund 2,8 Mio. Euro betroffen sind. Findet die gemeinsame Initiative der Kommunalen Landesverbände (Verringerung der FAG-Umlage von bisher plus 2 %-Punkte auf nur plus 1,65 %-Punkte sowie Erhöhung der Spreizung in Anlehnung an die Steuerkraft von bisher 0,045 % auf 0,06 %) die Zustimmung von Innenministerium und Finanzministerium und dann des Landtags, könnten wir mit einer weiteren Entlastung von 500.000 Euro rechnen. Allerdings darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass negative Auswirkungen in Höhe von 2,3 Mio. Euro für den Haushalt 2005 verbleiben.

Die **Verwaltungsreform in Baden-Württemberg** wird bei uns mit ihren Auswirkungen ab 2005 im Haushalt spürbar.

Mit dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz werden verschiedene untere Sonderbehörden des Landes zum 01. Januar 2005 aufgelöst. Die bisherigen Aufgaben werden ab diesem Zeitpunkt überwiegend von den Stadt- und Landkreisen wahrgenommen. Wir übernehmen zahlreiche neue Tätigkeitsfelder aus den Bereichen der Schul-, Forst- und Landwirtschaftsämter, Lebensmittelüberwachung, Gewässerdirektion, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter.

Die zeitgleiche Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände führt ebenfalls zu einem Zuwachs von Aufgaben. Wir werden künftig die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und die Landesblindenhilfe beim Amt für Soziale Angelegenheiten und Altenarbeit bearbeiten, das bedeutet eine

zusätzliche Bewirtschaftung von rund 20 Mio. Euro für mehr als 700 Einzelschicksale durch unsere Verwaltung.

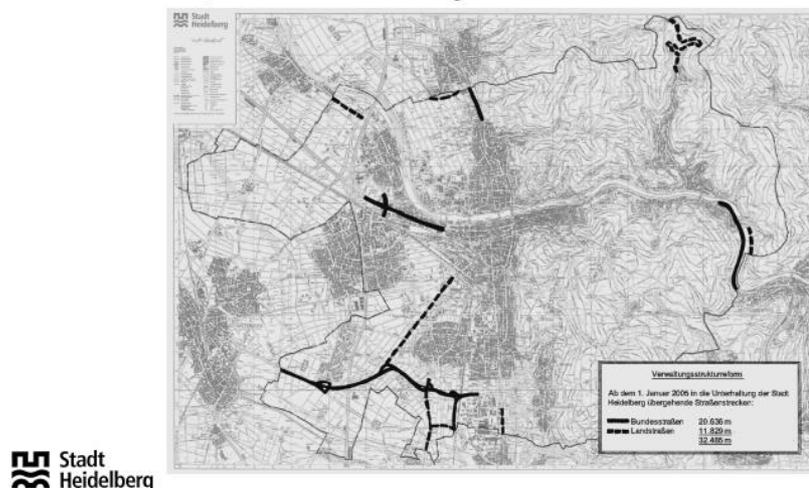
Bei der Eingliederung der neuen Bereiche war mir wichtig, dass wir, unter Einbeziehung der vorhandenen Strukturen, effiziente Verwaltungsabläufe festlegen und Doppelarbeit vermeiden. Nur so können wir Synergien nutzen und eine hohe Qualität der Aufgabenerfüllung gewährleisten.

Die Landesregierung traut uns hier zu Gunsten des Landeshaushalts in den nächsten 7 Jahren erhebliche Wirtschaftlichkeitsverbesserungen zu! Den Stadt- und Landkreisen wird nämlich, im Rahmen der uns (nach Art. 71 Abs. III Landesverfassung) zustehenden Kostenerstattung, der Abgeltungsbetrag in 7 Stufen bis zum Jahre 2011 um insgesamt 20 % gekürzt. Bereits im ersten Jahr werden die pauschalen Ausgleichszahlungen des Landes im Rahmen des FAG in Höhe von rund 1,2 Mio. Euro sowie sonstige Erstattungen unsere Ausgaben für Personal und Sachkosten nur knapp decken.

Die Verwaltungsaufgaben der bisherigen Landwirtschaftsämter, Straßenbauämter und der Gewässerdirektion werden von uns ohne Personalübergang übernommen und mit den bereits vorhandenen Kräften erledigt. Das Gleiche gilt für die Straßenreinigung und den Winterdienst für den Großteil der übernommenen 32,5 km Bundes- und Landesstraßen. Bei den sonstigen übernommenen Landesaufgaben wird es zu einem Personalübergang kommen. Der Entwurf des Stellenplans sieht dafür die Schaffung von insgesamt 34,75 neuen Planstellen vor.

## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

### Straßenabschnitte, die in die Unterhaltung der Stadt kommen



Stadt Heidelberg

2

(Folie 2)

Von der Leistungsfähigkeit dieser neuen Kräfte – die ich am 11. Januar persönlich begrüßen werde – hängt die erfolgreiche Umsetzung der Reform wesentlich ab. Wir konnten in den letzten Monaten häufig dazu beitragen, dass sich kompetente und engagierte Landesbedienstete zu einem Wechsel zur Stadt Heidelberg entschlossen. Sie werden uns verstärken und sind uns alle herzlich willkommen.

Es ist uns mit einer Ausnahme (Forstamt) gelungen, keine zusätzlichen Büroflächen zu ihrer Unterbringung anzubieten. Eine zwingende organisatorische Zuordnung erforderte, dass wir in den davon betroffenen Gebäuden einfach etwas enger zusammenrückten. Viele Beschäftigte haben hier Nachteile in Kauf genommen, um Kosten zu sparen – danke an alle!

Die umfangreichen Vorbereitungen für die Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform haben wir unter der Federführung des Personal- und Organisationsamtes ohne eine personelle Verstärkung mit unseren vorhandenen Kräften geleistet. Gelder für externe Berater mussten wir in Heidelberg auch nicht aufbringen. Die Querschnittsverwaltung und die betroffenen Fachämter haben sich hier kompetent eingebracht und die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung erneut unter Beweis gestellt. Ich bin sicher, dass wir diese Verwaltungsreform, trotz einiger unvermeidbarer kleiner Anlaufschwierigkeiten, in Heidelberg erfolgreich umsetzen werden.

Auch im Rahmen der heftigen Diskussionen zu ihrer Finanzierung konnten wir auf Initiative unserer Stadt einen wichtigen Erfolg erzielen: Das Land Baden-Württemberg ist nach langen Diskussionen bereit, auch die Ruhegehälter der übergehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu übernehmen, also bei einer Wiederbesetzung auch das Ruhegehalt des Nachfolgenden. Damit konnte die Befürchtung, die ich in meiner letzten Haushaltsrede geäußert habe, dass das Problem der Versorgungslasten uns im Übermaß treffen würde, beseitigt werden.

Da dieser Haushalt bis zum Ende meiner Amtszeit im Jahr 2006 reichen wird, ist er der letzte, den ich heute einbringen werde. Es ist daher auch der richtige Zeitpunkt Ihnen zu vermitteln, dass ich stolz bin auf den Neuen Haushalt, den wir in Heidelberg entwickelt haben, mit der Möglichkeit, mit Zielen und Kennzahlen zu steuern. Vor drei Wochen konnte ich in Berlin auf dem großen Kongress „Moderner Staat“ vielfältige Zustimmung und Anerkennung zu diesem Heidelberger Haushalt erfahren. Er ist der Schlussstein im großen Verwaltungsreformprozess, mit dem ich am Anfang meiner Amtszeit im Jahr 1990 zur Neuausrichtung der Verwaltung begonnen habe. Sie haben als Gemeinderat diesen Prozess mit großer Geduld begleitet, ihn unterstützt und damit auch anwendungsfähig gemacht. Dafür danke ich Ihnen.

#### **Unser Haushaltsentwurf 2005/2006 basiert auf einer Reihe von Eckpunkten!**

Auch im laufenden Jahr haben wir regelmäßig darüber berichtet, dass die Entwicklung der Einnahmenseite gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan stark negativ ist. Noch zum 31.08.2004 mussten wir mit einer Verschlechterung von 14 Mio. Euro rechnen, denen lediglich Verbesserungen von 6,3 Mio. Euro auf der Ausgabenseite gegenüber standen. Der Gemeinderat hat daraufhin beschlossen, die Haushaltssperre um weitere 2,8 Mio. Euro zu erhöhen. Die Budgetüberträge der Ämter wurden als freiwilliger Solidarbeitrag zur **Haushaltskonsolidierung** in der Höhe aus der Bewirtschaftung herausgenommen, wie sie für den Haushaltsausgleich erforderlich wurden. Die Rückstellung für Gebäudeunterhaltung mit rund 600.000 Euro galt es aufzulösen. In der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung am 01.12.2004 konnte ich von einer kleinen Verbesserung bei der Gewerbesteuer berichten, so dass es jetzt sogar möglich war, die im Haushalt enthaltenen laufenden Mittel in Höhe von 1,25 Mio. Euro für die an die Stadtwerke übergegangenen Bäder an die SWH zur Finanzierung des Betriebs weiterzuleiten.

Mit der möglichen **Zuführung** an den Vermögenshaushalt in Höhe der Tilgungsausgaben sind wir bereits im dritten Jahr bei einer völlig unzureichenden Eigenfinanzierung unserer Investitionen angelangt. Alle Ausgaben des Vermögenshaushalts, die nicht durch Zuschüsse Dritter oder aus Vermögensveräußerungen finanziert werden können, muss die Stadt aus neuen Krediten bestreiten, wobei die Investitionen in den großen Gebührenhaushalten Entwässerung, Abfall und Bestattungswesen als rentierlich anzusehen sind, weil die erhobenen Gebühren weitgehend kostendeckend sind.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2005 haben wir trotz restriktiver Vorgaben für die Personalkosten, Unterhaltungsmittel, die Sachkosten und die Festschreibung der nicht vertraglich gebundenen Ansätze der freiwilligen Leistungen auf den Ansatz 2004 festgestellt, dass es zu einer hohen Unterdeckung im Verwaltungshaushalt in einer Größenordnung von rund 8 Mio. Euro kommen würde.

Ich habe mich in dieser schwierigen Lage für die Qualität und Attraktivität des Standorts Heidelberg und bewusst gegen eine weitreichende Einschränkung oder Schließung kommunaler Angebote entschieden. Allerdings müssen jetzt alle, die Bürgerinnen und Bürger und die am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten dazu beitragen, dass unsere Grundleistungen im Wesentlichen beibehalten werden können und dass z. B. auch das dringend notwendige Konferenzzentrum realisiert werden kann.

Auf diese Zusammenhänge habe ich bereits in meiner letztjährigen Haushaltsrede hingewiesen, als ich von notwendigen „strukturellen Einnahmeverbesserungen“ mit 6 Mio. Euro sprach. Schon damals hatte ich Zweifel, dass die Gemeindefinanzreform sie bringen könnte.

Da ein Ausgleich im Jahr 2005 nicht möglich sein wird, wir aber gleichzeitig wissen, dass der Finanzausgleich für das Jahr 2006 auf dem Basisjahr 2004 gerechnet wird, entsteht durch die hohen Gewerbesteuererinnahmen in Baden-Württemberg im Jahr 2004 eine höhere Ausgleichsmöglichkeit in 2006. Vor diesem Hintergrund habe ich mich, nicht leichten Herzens aber mit voller Überzeugung entschieden, folgende neuen Eckwerte für den Haushalt vorzugeben:

1. Für die Jahre 2005 und 2006 wird ein Doppelhaushalt aufgestellt und dem Gemeinderat vorgelegt, damit die zu erwartenden Mehreinnahmen im Jahr 2006 aus dem Finanzausgleich zur Gesamtdeckung der beiden Jahre herangezogen werden können.
2. Nach der gesetzlich vorgeschriebenen Ausschöpfung aller Gebührenerhöhungen und Preisregelungen ist die verbleibende Unterdeckung durch Anpassung der Hebesätze für die Gewerbesteuer an das bis 1999 geltende Niveau von 400 v. H. vorzunehmen und gleichzeitig die Grundsteuer B auf das Niveau der Stadt Freiburg mit 500 v. H. anzuheben. Diese Hebesatzveränderungen führen zu 1,2 Mio. Euro Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und zu 4,5 Mio. Euro Mehreinnahmen bei der Grundsteuer.

Die Verwaltung hat seit dieser (auf Grund der neuen Zahlen im September getroffenen) Entscheidung den Entwurf für 2006 nachgearbeitet, so dass ich Ihnen heute den Entwurf für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 vorlegen kann. Am Ende des Jahres 2006 können die Mindestzuführungen der beiden Jahre erwirtschaftet, beide Jahre somit ausgeglichen abgeschlossen werden.

Nach der Umsetzung dieser Vorgaben und weiterer Maßnahmen (Umsetzung Strukturmaßnahmen mit 1,3 Mio. Euro, Auflösung Jahresüberträge der Ämter u. a.) verbleibt im Jahr 2005 eine geringe Zuführung an den Vermögenshaushalt mit rund 500.000 Euro, dafür im Jahr 2006 eine von 4,5 Mio. Euro. Am Ende des Planungszeitraums wird damit eine **Zuführung an den Vermögenshaushalt** sichergestellt, die dem Betrag der laufenden Tilgung der Kredite entspricht.

Mir ist die Tragweite der vorgeschlagenen Maßnahmen völlig bewusst.

Jedoch stehe ich zu dem finanzwirtschaftlichen Grundsatz meiner Amtsführung, dass die Universitätsstadt Heidelberg wegen ihrer strukturell schwachen Steuerkraft auf eine solide und nachhaltige Finanzpolitik gleichzeitig aber auch auf den Erhalt ihrer hohen Qualität angewiesen ist.

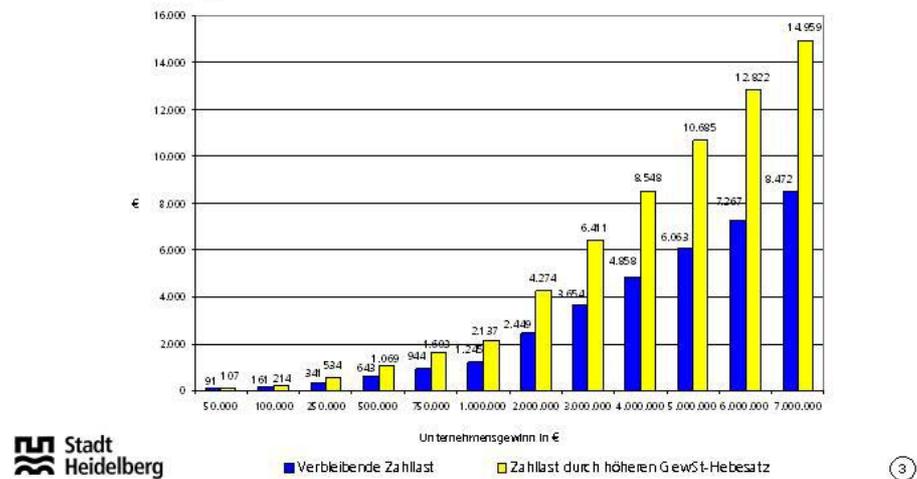
Dieses sage ich Ihnen mit großem Nachdruck. Viele von Ihnen wissen, dass wir in Baden-Württemberg mit Wirkung vom 01.01.2006 eine **neue Gemeindehaushaltsverordnung** bekommen werden, welche auf der Basis der kaufmännischen Buchführung vorsieht, dass die gesamten Abschreibungen aus dem städtischen Vermögen im laufenden Haushalt zu finanzieren sind. Die Umstellung auf eine Finanzierung, die kongruent zur jeweils nutzenden Generation die Kosten verteilt („intergenerativer Gerechtigkeitsausgleich“ nach Prof. Lüder) wird Jahre in Anspruch nehmen und große politische Kraft erfordern, um auf Dauer die hohen Fehlbeträge auszugleichen. Wenn wir nicht bereits jetzt die richtigen Finanzierungsbeschlüsse fassen würden, wäre dies noch schwieriger.

## Die Auswirkungen

Die Auswirkungen einer Hebesatzerhöhung bei der Gewerbesteuer sind mit 1,2 Mio. Euro relativ moderat. Bei Personengesellschaften sind sie durch die Anrechenbarkeit der Gewerbesteuerzahllast auf die Einkommensteuerzahlung geringfügig, so ist z. B. bei einem mittelständischen Gewerbeunternehmen mit einem Jahresgewinn von 250.000 Euro lediglich eine zusätzliche Belastung von 341 Euro zu erwarten, die Kapitalgesellschaft zahlt bei gleichem Gewinn zusätzlich 534 Euro. Selbst bei einem Jahresgewinn von 2 Mio. Euro ist die Personengesellschaft nur mit 2.449 Euro belastet. Bei der Kapitalgesellschaft sind in dieser Größenordnung 4.274 Euro aufzubringen.

### Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

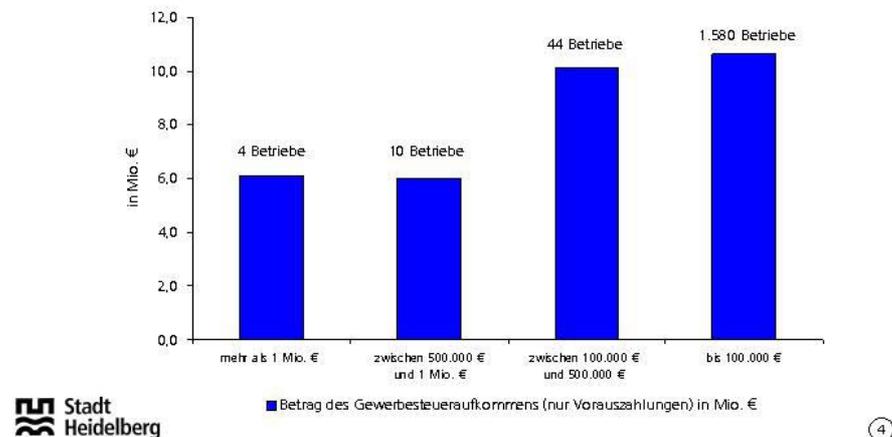
#### Mehrbelastungen bei Personengesellschaften durch Hebesatzerhöhung auf 400 v. H.



(Folie 3)

### Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

#### Aufkommenstruktur bei den Gewerbesteuervorauszahlungen



(Folie 4)

Die Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B wirkt sich auf die monatliche Belastung einer mittleren Eigentums- oder Mietwohnung im Monat nur mit 4,2 Cent bzw. 4,6 Cent je qm Wohnfläche aus.

Der Vergleich mit der Stadt Freiburg liegt auf der Hand, da die Universitätsstadt vergleichbare Strukturen wie Heidelberg aufweist. Insbesondere die Steuerkraft ist in Heidelberg und Freiburg je Einwohner identisch und beide Städte liegen damit am Ende der Skala der Stadtkreise in Baden-Württemberg. Nach der Auswertung der Mitspiegel in Freiburg und Heidelberg haben wir festgestellt, dass wir in der Miethöhe über der von Freiburg liegen, obwohl Freiburg bei der Grundsteuer B seit 1994 einen Hebesatz von 500 v. H. hat. Vergleichbarer ist hier Göttingen mit einer Einwohnerzahl von rund 124.000, einer ähnlichen Studentenzahl von rund 25 – 26.000 und einer demographisch ähnlichen Verteilungsstruktur. Dort gelten Hebesätze von 430 v. H. bei der Gewerbesteuer und 530 v. H. bei der Grundsteuer B.

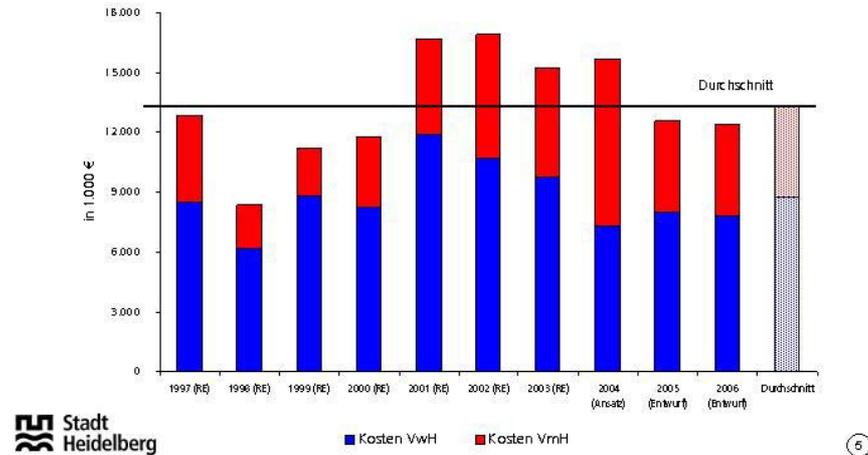
Der Haushaltserlass des Landes, der erst Ende November eingegangen ist, bestätigt uns in unseren Überlegungen hinsichtlich höherer Einnahmen im Finanzausgleich 2006.

Für unser großes Entwicklungsprojekt **Bahnstadt** haben wir eine **Sonderrechnung** eingeführt, damit ein Gesamtüberblick über die städtebaulichen Entwicklungskosten entsteht und eine Weiterverrechnung an die Investoren möglich ist. Wenn wir in das Förderprogramm Städteumbau West hineinkommen und ein Sanierungsgebiet erhalten, müssen wir dieses in die Sonderrechnung integrieren. Die städtischen Investitionen in der Bahnstadt werden künftig im Vermögenshaushalt mit der Vorhabenskennziffer 100 versehen. Der Ausgleich der Sonderrechnung muss jährlich erfolgen und ist im Verwaltungshaushalt in den Jahren 2005 und 2006 jeweils mit 200.000 Euro vorgesehen.

Trotz aller Schwierigkeiten beim Ausgleich des Verwaltungshaushalts haben wir für die **Substanzerhaltung unserer Gebäude** nach Abzug der Mittel für die Bäder zusätzlich 1 Mio. Euro in 2005 sowie 800.000 Euro in 2006 bereitgestellt und liegen damit trotzdem noch unter dem langjährigen Mittel der laufenden Ausgaben für die Bauunterhaltung. Die Grunderneuerungen im Vermögenshaushalt liegen dagegen knapp über dem langjährigen Durchschnitt. Bei den sonstigen Instandhaltungsmaßnahmen wie Straßen und Grünbereich zusammen mit den Ressourcen der Regiebetriebe können wir eine konstante Entwicklung sichern. Für Straßen sind insgesamt 5,57 Mio. Euro in 2005 und 5,60 Mio. Euro in 2006 veranschlagt, für den Bereich Grünanlagen je 5,1 Mio. Euro in 2005 und 2006.

## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

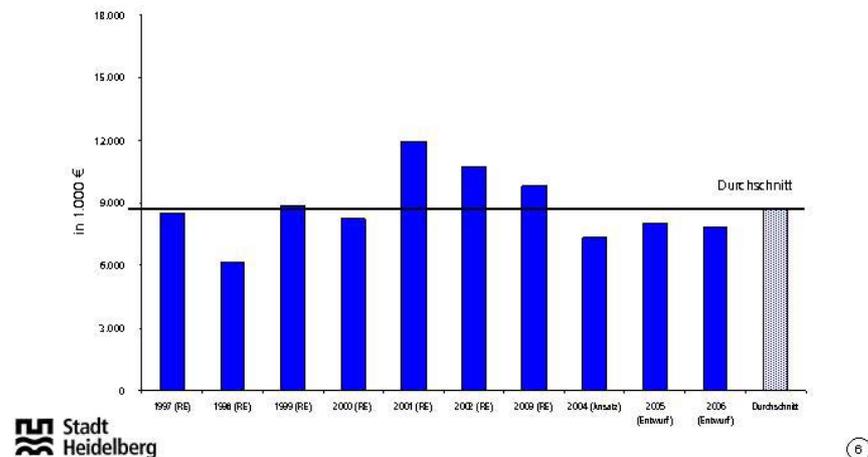
### Bauunterhaltungsmaßnahmen und Grunderneuerungen



(Folie 5)

## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

### Bauunterhaltungsmaßnahmen



(Folie 6)

Der Vermögenshaushalt und die Finanzplanung enthalten folgende **große Maßnahmen**:

- Verlegung der **Gregor-Mendel-Realschule** mit Kosten von 9,7 Mio. Euro; insgesamt sind für den Schulbereich Investitionen von 26 Mio. Euro vorgesehen,
- Der Neubau der **Feuerwache** erfolgt im Wirtschaftsplan der GGH. Lediglich die Ausbauiinvestitionen sind in den Jahren 2006 und 2007 mit 1,5 Mio. Euro in der Finanzplanung der Stadt enthalten,
- **Feuerwehrgerätehaus** in Handschuhsheim/Neuenheim ab 2005,
- Wiederbelebung des **Alten Hallenbades** mit einem am Ende der Baumaßnahme zu zahlenden Betrag von 8,4 Mio. Euro,

- **Kanalbaumaßnahmen** mit 18,9 Mio. Euro; Investitionen in Straßen und Brücken u. a. mit insgesamt 35,8 Mio. Euro,
- erneute **Kapitaleinlage bei der HVV** mit 2 Mio. Euro (in den Jahren 2003 – 2005 insgesamt 6 Mio. Euro zur Finanzierung S-Bahn),
- Ab 2005 sind für den **Mittermaiertunnel** wieder Planungsmittel vorgesehen.

Aus dem Investitionsprogramm der Bundesregierung „Zukunft, Bildung und Betreuung“ erhält die Stadt für die Geschwister-Scholl-Schule 1,6 Mio. Euro. Weitere Anträge laufen für Maßnahmen im Kurfürst-Friedrich-Gymnasium, dem Bunsen-Gymnasium, dem Hölderlin-Gymnasium, der Grundschule Emmertsgrund, der Waldparkschule und der Internationalen Gesamtschule.

Ein Ziel der letzten Jahre war für mich, im Gesamtkonzern Stadt dort Synergien zu nutzen, wo umfassende Kompetenz lokalisiert ist: diejenige Organisationseinheit, die eine Aufgabe wegen ihrer fachlichen Qualifikation und ihrer Struktur am besten erledigen kann, soll diese Aufgaben für das Gesamtunternehmen übernehmen.

Der **erste Schritt** war die Übertragung der Straßenbeleuchtung an die Stadtwerke Heideberg im Jahr 2001 mit einer Wirtschaftlichkeitsvereinbarung.

Der **zweite große Schritt** war die Übertragung der Bäder an die Stadtwerke Heidelberg AG, was sich bereits in den ersten Ansätzen bewährt hat.

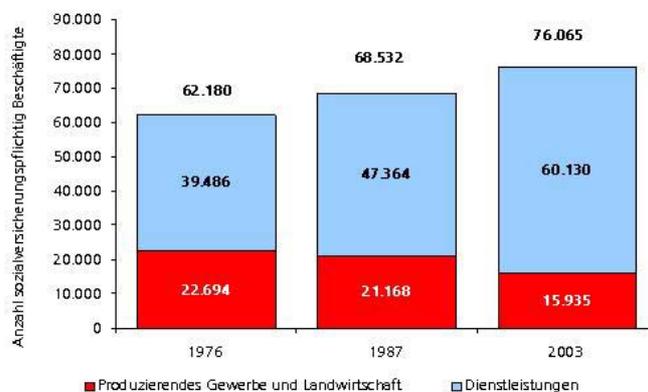
Der **dritte Schritt** folgt jetzt mit der Übertragung der städtischen Heizungsanlagen an die Kommunale Infrastruktur und Service GmbH (KIS), ein Tochterunternehmen der Stadtwerke Heidelberg AG. Die SWH wird entsprechend ihrem Firmenziel natürlich die mittelständischen Handwerksbetriebe in die Erledigung dieser Aufgabe einbeziehen.

Der **nächste Schritt** wird sein, dass wir, natürlich in Abstimmung mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden und den Gemeinderatsfraktionen, ab 2006 die noch im Eigentum der Stadt befindlichen Wohnungen an die Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz übertragen und die bisher bestehenden Reibungsverluste insbesondere bei der Gebäudebewirtschaftung vermeiden. Damit entstehen auch Verbesserungen in der Finanzierungsstruktur des Vermögenshaushalts.

### Arbeit und Beschäftigung sind wichtige Grundlagen für die Zukunft!

#### Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

#### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Heidelberg 2003 im Vergleich zu 1976 und 1987



Heidelberg hat in einer sechsjährigen Wachstumsphase einen historisch hohen Beschäftigungsstand erreicht. Einschließlich Beamten, „Selbständigen“ und mithelfenden „Familienangehörigen“ liegt die Zahl der insgesamt in Heidelberg Beschäftigten bei rund 97.000. Damit hat Heidelberg nach Ulm und Stuttgart mit rund 680 Beschäftigten je 1.000 Einwohner die dritthöchste Beschäftigten-dichte aller Stadtkreise in Baden-Württemberg.

Gleichzeitig müssen wir bei diesen Erfolgswerten feststellen, dass die **Zahl der Arbeitslosen** deutlich angestiegen ist. Ende September waren in Heidelberg über 4.800 Personen arbeitslos gemeldet. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,5 %. Seit 2000 ist die Arbeitslosenzahl damit um rund 1.100 Personen oder 31 % angestiegen. Ende 2003 – neuere Werte liegen nicht vor – waren 8.400 Einwohner von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes abhängig. Eine Zahl, die nachdenklich macht. Besonders bedenklich ist, dass auch die Zahl arbeitsloser junger Erwachsener und Jugendlicher und die der Langzeitarbeitslosen wieder zugenommen hat. Die Initiativen der Stadt und der Heidelberger Dienste zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze sind daher wichtig. Mit unseren Anstrengungen zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze dürfen wir insgesamt nicht nachlassen.

Gleichwohl liegt Heidelberg bei dem Verhältnis der Zahl der voraussichtlich zu aktivierenden Hilfebedürftigen nach dem SGB II zur Zahl der zivilen Erwerbspersonen mit 5,1 % rund 34 % unter dem Bundesdurchschnitt von 7,7 %.

### **Städtische Gesellschaften sind unsere wichtigen Partner!**

Die angekündigte neue Linienkonzeption für die **Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG** wurde im laufenden Jahr weiterentwickelt und ist zur Zeit sowohl in der verkehrlichen als auch finanziellen Bewertung. Wegen der auslaufenden Buskonzessionen in den Jahren 2005 und 2006 finden zur Zeit die notwendigen Abstimmungen mit den sonstigen Verkehrsträgern und dem Rhein-Neckar-Kreis statt mit dem Ziel, die Konzessionen in der Region zu verlängern.

Ich kann dabei nur unterstützen was der Karlsruher Verkehrsverbund dazu grundsätzlich geäußert hat. „Obwohl die Zahl der Kunden die auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind, kontinuierlich sinkt, muss sich dieses nicht zwangsweise negativ auf die Nachfrage im Bus- und Bahnverkehr auswirken, es muss gelingen mit attraktiven Angeboten, Preisen und einem überzeugenden Kundenservice die Hemmschwelle bei potentiellen Kunden zu senken und möglichst viele Menschen zur Benutzung der Bahn und Busse zu gewinnen.“

Besonders große Chancen hat der ÖPNV im Stadtumlandverkehr, das zeigt hier ganz besonders der Fahrgastzuwachs im Neckartal mit 20 % in Neckargemünd.

Mit dem Beginn der Bauarbeiten für die **Straßenbahn nach Kirchheim** haben wir einen weiteren Meilenstein gesetzt. Trotz der nur langsam fließenden Zuschüsse des Landes wird diese Straßenbahn gegenüber der heutigen Busbedienung einen wirtschaftlichen Vorteil haben. In Zukunft sollen möglichst flexible Bussysteme die Stadtteile erschließen und Fahrgäste zu den schnellen und effizienten Bahnen bringen.

Der nächste Schritt wird sein, die **Straßenbahn in das Neuenheimer Feld** zu bauen, damit die hohe Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln befriedigt werden kann. Die Universität und das DKFZ unterstützen diese neue Linie.

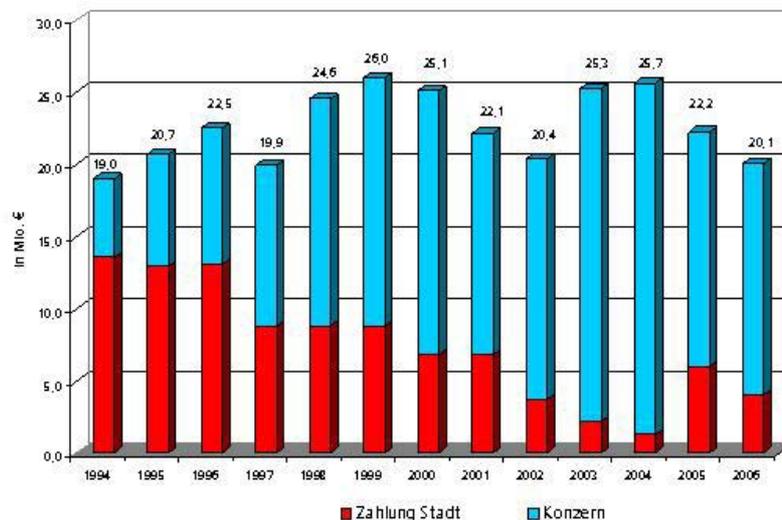
Die **strategische Allianz** der Verkehrsunternehmen Mannheim, Heidelberg und Ludwigshafen ist mit der Unterzeichnung des Gesellschafts- und des Konsortialvertrags am 16.07.2004 weiter voran gekommen, nachdem die schwierigen Fragen zum Vergabe-, Kartell- und Steuerrecht geklärt wer-

den konnten. Die Betriebsaufnahme soll zum 01.03.2005 stattfinden, bis dahin müssen die Verkehrsleistungsverträge unterschrieben sein. Gleichzeitig sollte aber aus unserer Sicht vereinbart werden, dass innerhalb von zwei Jahren qualitätsorientierte Verbesserungen mit Anreizsystem im Vertragswerk erfolgen. Die Aufsichtsräte der HSB und der HVV werden sich noch im Januar mit den Verträgen beschäftigen, damit danach die Gremien der Stadt entscheiden können.

Im Haushaltsplanentwurf ist für das Jahr 2005 zur **Finanzierung des ÖPNV** ein Verlustausgleich an die HVV in Höhe von 6 Mio. Euro enthalten, allerdings auch noch als Einnahme die Zuweisung des Rhein-Neckar-Kreises zum Ausgleich der Umlandverluste in Höhe von 3,2 Mio. Euro. Der Vertrag mit dem Rhein-Neckar-Kreis läuft Ende 2005 aus, so dass spätestens dann eine unmittelbare Verkehrsleistungsbeziehung zwischen der HSB und dem Rhein-Neckar-Kreis eintreten wird. Die Vorgehensweise hierüber ist bereits mit dem Landrat des Rhein-Neckar-Kreises abgestimmt und die HSB beauftragt, dieses Verfahren einzuleiten.

## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

### Verlustentwicklung der HSB



in 2001 – 2006 bereinigt um S-Bahn  
in 2004 vorbehaltlich Beschluss des Gemeinderats betreffend Weiterleitung der Mittel für die Bäder  
in 2006 Zahlung des Rhein-Neckar-Kreises für die Umlandlinien

8

(Folie 8)

Ab 2006 wird der Verlustausgleich der HVV entsprechend dem Leitantrag des Gemeinderats 2004 auf 3 Mio. Euro festgelegt, um 1 Mio. Euro wegen des kassenmäßigen Bäderverlustes erhöht und auf dieser Basis mit 4 Mio. Euro mittelfristig fortgeschrieben.

Die HVV muss mit diesen Beträgen auskommen und gleichzeitig dafür sorgen, dass das Eigenkapital des Gesamtunternehmens nicht durch Verlustentwicklungen aufgezehrt wird. Dazu bedarf es großer und auch struktureller Veränderungen im Konzern, da aus dem Übergang des Betriebs der HSB auf die neue Verkehrsgesellschaft RNV erst im Laufe der nächsten Jahre durch Abbau der Restrukturierungslasten wirtschaftliche Verbesserungen möglich sein werden.

Die **Stadtwerke Heidelberg AG** sind weiter erfolgreich in Stadt und Region tätig. In der Zwischenzeit konnten die Gaskonzessionen im Südbereich wieder gesichert werden und weitere Verträge mit Nussloch und Eppelheim zum Betrieb des Wassernetzes abgeschlossen werden. Die steigenden Energiekosten werden eine Grundsatzüberlegung zur Eigenproduktion erfordern, welche allerdings nur mit einem kompetenten und starken Partner zur Risikoteilung realisiert werden kann.

Die Bäder wurden rückwirkend zum 01.01.2004 in die SWH eingegliedert. Der Übergang erfolgte reibungslos und ist insgesamt jetzt abgeschlossen. Bereits heute zeigt sich in der Region Interesse zur Nutzung dieses neuen Kompetenzfeldes.

Das in der Diskussion befindliche Energiewirtschaftsgesetz wird im Sommer des Jahres 2005 verabschiedet werden. Hier werden strukturelle Veränderungen auf die Versorgungsunternehmen zu kommen. Im Augenblick sieht es aus Heidelberger Sicht so aus, dass diese Umstrukturierung dauerhaft erhöhte Fixkosten erzeugen wird. Ob diese Kosten durch Wettbewerbsvorteile ausgeglichen werden können, ist sehr zweifelhaft, Nachweise sind weder aufgezeigt noch erkennbar. Die Vorgaben des Gesetzgebers durch Unbundling Vertrieb und Netz zu trennen, künftig wohl auch gesellschaftsrechtlich, führt dazu, dass eingeführte und effiziente Abläufe bei den Stadtwerken völlig neu gestaltet werden müssen.

Dafür wird die über Jahre hinweg entwickelte Marketingstruktur der SWH mit „FOX“ künftig zerlegt in ein FOX-Netz, FOX-Lieferung und FOX-Kommunikation - eigentlich schwer verständlich für die Kunden.

Unsere Thesen dazu:

1. Es wird und muss weiterhin Stadtwerke geben, und damit eine dezentrale Energieversorgungsstruktur.
2. Durch Unbundling kann sich Lieferanten- und Kundenverhalten verändern. Stadtwerke leben von der örtlichen und regionalen Kundenbindung. Möglicherweise steigen die Kundenansprüche, die Kundenloyalität kann sinken. Die Stärke der Stadtwerke Heidelberg, durch örtliche Präsenz, durch Kombination aus Vertrieb, Zählerdiensten, Erstellung von Hausanschlüssen, Notdiensten, etc., wird durch Unbundling geschwächt bis verhindert. Unbundling ist tendenziell darauf ausgelegt, Stadtwerke ihres wichtigsten Unterscheidungsmerkmals auf dem Markt zu berauben: Umfassende Kundenbetreuung über Verkauf von Energie, Einräumung von Netznutzung, Zählerdienste, Abrechnungen, Hausanschlüsse. Unbundling verteuert die Energieversorgung.
3. Unbundling wird eine neue Beteiligungs- und Fusionswelle auslösen. Zwar kann darauf gehofft werden, dass die Wettbewerbshüter die Beteiligung der Verbundunternehmen an Stadtwerken verhindern, dafür kommen dann ausländische Unternehmen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Großen umfassende Systemhilfen anbieten, gemeinsame Markennutzung, gemeinsame Rechnungsstellung, IT-Dienstleistungen, etc.
4. Ich gehe davon aus, dass das Erzeugungsoligopol für Strom und Gas noch viele Jahre hält. Dies hat leider deutliche Auswirkungen auf die Unternehmensergebnisse und erschwert den Marktzutritt von Dritten.
5. Ich setze darauf, dass Stadtwerke eine gewisse Regionalisierung vornehmen gegenüber dem bisher praktizierten Ortsprinzip. Unbundling zerstört örtliche Bindungen, dagegensetzen ist eine Kombination von horizontalen und vertikalen Netzwerken über Stadtwerke hinweg, damit entsprechende wirtschaftliche Größenordnung erreicht werden können.

Die **Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz** wird in den nächsten Jahren die Wohnungsgrundstücke der Stadt übernehmen und damit insgesamt für das operative Kompetenzfeld „Wohnen“ umfassend zuständig sein. Die neue Geschäftsführung hat sehr intensive strukturelle Überlegungen zum Wohnungsmarkt in Heidelberg angestellt und mit dem Beginn neuer Maßnahmen bestehende Probleme energisch angepackt. Mit der Blauen Heimat in Handschuhsheim wurde begonnen, das erste Altwohnungsgebiet mit den heutigen Ansprüchen auch zur Energieeinsparung zu restrukturieren. Allein für solche Maßnahmen veranschlagt die GGH bis zum Jahr 2008/2009 Investi-

tionen von insgesamt rund 68 Mio. Euro. Die organisatorische Neuausrichtung der Gesellschaft zur Bewältigung der neuen Aufgaben wird im Jahr 2005 abgeschlossen sein und zusammen mit der daraus möglichen leistungsorientierten Vergütung helfen, die anstehenden großen Aufgaben umzusetzen.

Im Rahmen der Angebote, die ab Januar 2005 die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) bereithält, sind die Zusatzjobs ein zentrales Instrument. Langzeitarbeitslose Menschen erhalten so die Möglichkeit, ihren Bezug zur Arbeitswelt zu verbessern. Innerhalb der Stadt werden die **Heidelberger Dienste** die Zusatzjobs so koordinieren, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden, für das Gemeinwesen ein öffentlicher Nutzen entsteht und die Menschen ihre Qualifikationen verbessern.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 20.04.2004 sind nun neben der Stadt Heidelberg und der Sparkasse Heidelberg vierzehn Kommunen aus der Region an der **KLiBA** beteiligt. Durch die Bürgerberatung bei Altbau- und Wohnraumsanierung können nicht nur klimarelevante Emissionen verringert werden, sondern es entsteht dadurch auch ein positiver Effekt bei der Sicherung von Arbeitsplätzen im Handwerk.

Der **Tiergarten Heidelberg** erfreut sich weiterhin einer starken Nachfrage. In diesem Jahr haben rd. 450.000 Gäste den Tiergarten besucht; das ist ein neuer Besucherrekord. Der Tiergarten ist damit eindeutig die am stärksten nachgefragte Erholungs- und Bildungsreinrichtung im Stadtgebiet und in der Region.

Die Bedeutung dieser Funktion wird in der Zukunft eher zunehmen. Der Tiergarten hat mit seinem Entwicklungskonzept die Weichen gestellt. Wichtige Maßnahmen sind bereits umgesetzt und haben die nach EU-Recht erforderliche Genehmigung ermöglicht.

Die Rückführung des Zuschusses der Stadt in 2005 auf 1.462.000 € wird im Jahr 2006 mit 1.625.000 € ausgeglichen und erreicht damit wieder das Niveau des Jahres 2003.

Der **Technologiepark Heidelberg** besteht seit 1985. Mehr als 60 Firmen und Forschungseinrichtungen mit ca. 1.000 Beschäftigten sind derzeit dort untergebracht. Die Technologiepark Heidelberg GmbH ist Betreiberin der Einrichtungen dort und schafft durch umfangreiche Betreuungsleistungen und aktive Netzwerkarbeit ein attraktives Umfeld für Gründerfirmen und erfolgreich am Markt agierende Unternehmen. Mit rund 200 assoziierten Mitgliedern stärkt der Technologiepark die Entwicklung des BiotechnologieClusters in der Region. Internationale Kooperationen bieten Hilfe beim Aufbau weltweiter Marktpräsenz.

Das **ExploHeidelberg** hat sich in dem einem Jahr seines Bestehens hervorragend entwickelt. Die Besucherzahlen liegen jetzt bei ca. 1000 im Monat. Damit leistet die Stadt einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Heidelberg. Dank der großartigen Unterstützung durch die Pädagogische Hochschule und die Kooperationspartner aus Wirtschaft und Wissenschaft haben wir im und mit dem Technologiepark eine Einrichtung geschaffen, die einzigartig in Deutschland ist und in der Fachwelt national und international Beachtung findet.

Unseren Kindern und Jugendlichen ermöglichen wir, spielerisch an die Grundphänomene der Naturwissenschaften heranzugehen. Unseren Studierenden geben wir eine Plattform, ihr erlerntes Wissen weiter zu geben, Eltern und Lehrer erhalten die Möglichkeit der eigenen Fort- und Weiterbildung. Wir wollen diese hervorragende Bildungsoffensive auch in Zukunft weiter fördern und zu einem festen Bestandteil unserer städtischen Bildungs- und Wirtschaftspolitik machen.

### **Hartz IV stellt uns vor große Herausforderungen – doch sie sind zu schaffen!**

Nach dem Gesetzesbeschluss vom Juli 2004 zum Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) werden ab 01.01.2005 die Sozialhilfe für erwerbsfähige Personen und die Arbeitslosenhilfe im neuen Arbeitslosengeld II zusammengeführt. Die örtlichen Träger der Sozialhilfe und die Agenturen für Arbeit erledigen die ihnen obliegenden Aufgaben in einer Arbeitsgemeinschaft. Betroffen von der Neuregelung sind in Heidelberg 3.300 „Bedarfsgemeinschaften“ mit knapp 6.000 Personen.

Der Gemeinderat hat am 18.11.2004 die Abgabe einer Absichtserklärung zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft genehmigt. Damit ist die praktische Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Agentur für Arbeit für die Übergangsphase auch weiterhin gesichert, die Vertragsverhandlungen zur Gründung verlaufen sehr konstruktiv. Nach heutigem Stand müssten wir in der Lage sein, den Gremien Ende Januar 2005 einen Vertragsentwurf zur Abstimmung vorlegen zu können.

Die finanziellen Umschichtungen mit dem Wegfall der Sozialhilfeleistungen für Erwerbsfähige und der Übernahme der anteiligen Kosten für die Unterkunft führen am Ende zusammen mit anderen Faktoren nach heutigem Wissensstand zu einer Mehrbelastung der Stadt mit rund 780.000 Euro. Zur Absicherung dieser Schätzung haben wir eine zusätzliche Deckungsreserve von 500.000 Euro gebildet.

Die zur Umstellung der Leistungen von Seiten der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellte Software (A2LL) arbeitet nach wie vor nicht störungsfrei. Wir haben uns deshalb entschlossen, die erforderlichen Neuberechnungen mit Hilfe eines selbst entwickelten Office-Programms durchzuführen. Die Vorarbeiten sind dank des engagierten Einsatzes von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialamtes nahezu abgeschlossen, so dass die Zahlungen im Januar 2005 sichergestellt sind.

### **Bildung ist einer der wichtigsten Standortfaktoren unserer Stadt!**

Trotz leichter Verbesserungen liegen deutsche Schülerinnen und Schüler in der zweiten PISA-Studie mit ihrem Wissen weiterhin ein bis eineinhalb Schuljahre hinter der internationalen Spitzengruppe. Finnland, Hongkong, Kanada, Japan und Südkorea sind die klaren Sieger beim zweiten PISA-Test, an dem über 250.000 Schüler aus 40 Nationen teilnahmen. Deutschland holt in den drei Testdisziplinen Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften leicht auf und erreicht damit zumindest das Mittelfeld. Gleichzeitig jedoch, und das ist sehr Besorgnis erregend, hat sich die soziale Chancengleichheit im deutschen Schulsystem erneut verschärft.

Obwohl der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule eindeutig in den originären Zuständigkeitsbereich des Landes fällt, wollen und können wir auch in Zukunft diesem Prozess nicht ohne Taten zusehen, weshalb die Investitionen in Bildung und Schule für Heidelberg hohe Priorität haben.

Die **Entwicklung der Heidelberg Hauptschulen** wurde in diesem Jahr zusammen mit einem Arbeitskreis der Schulen und dem Staatlichen Schulamt diskutiert. Das mit dem Staatlichen Schulamt und dem Präsidenten des Oberschulamtes erzielte Ergebnis bevorzugt auf der Basis des Mannheimer Modells eine modifizierte Öffnung der Schulbezirke für Standorte statt einer Zusammenlegung. Ziel bleiben zweizügige Hauptschulen möglichst in Ganztagsbetrieb. Die Geschwister-Scholl-Schule soll nach Beendigung der Baumaßnahmen bezirksübergreifend auch für alle Heidelberger Hauptschülerinnen und Hauptschüler als Ganztageschule geöffnet werden, so dass wir neben der Waldparkschule eine zweite Ganztageseinrichtung anbieten können.

Im Bereich der **beruflichen Schulen** verfolgen die Partner in der Region mit Rhein-Neckar-Kreis und Mannheim sowie das Oberschulamt deckungsgleiche Ziele, um die Ressourcen in der Region für das berufliche Schulwesen sinnvoll und wirtschaftlich einzusetzen. Die Vision einer „Berufsschulregion Rhein-Neckar“ könnte alle Schulträger voranbringen. Zurzeit stehen sich Überlastungssituationen in den Ballungszentren und Überkapazitäten im ländlichen Raum wenig beweglich gegen-

über. Die begonnene Arbeit an diesem Schulentwicklungsprozess hat bereits erste Ergebnisse in sechs Berufsfeldern gebracht, die noch von den betroffenen Schulträgern zu genehmigen sind. Der Prozess zur Profilierung der einzelnen Standorte muss mit Kraft weitergeführt werden, wobei der Schwerpunkt in Heidelberg auf den Zukunftsbranchen wie Biotechnologie und Informationstechnologie liegt. Der gewerbliche Bereich darf auch in Heidelberg nicht vernachlässigt werden, um dem immer größer werdenden Anteil Jugendlicher eine Ausbildung zu bieten, die nur schwer anders vermittelt werden können. Steigende Klassenzahlen im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) belegen dies deutlich.

Der Gemeinderat hat am 18. November 2004 die Fortsetzung des Modellprojekts **Jugend- und Schulsozialarbeit** an den Heidelberger Haupt- und Förderschulen für den Zeitraum bis 2007 genehmigt. Damit bleibt das Angebot an allen Hauptschulen erhalten. Zusätzlich wird die Schulsozialarbeit im Emmertsgrund im Rahmen einer gesonderten Kooperationsvereinbarung weitergeführt. Damit leistet die Stadt Heidelberg auch weiterhin einen Beitrag zu einer nach dem Erziehungs- und Bildungsauftrag dem Land obliegenden Aufgabe. Die Mittelbereitstellung durch die Stadt musste daher unter einen entsprechenden Rechtsvorbehalt gestellt werden.

Der Bundestag hat am 28.10.2004 einen weiteren Teil der Reform des Sozialgesetzbuches VIII mit Wirkung zum 01.01.2005 beschlossen. Das Tagesbetreuungsausbaugesetz für **Kinder unter 3 Jahren** verpflichtet die Träger der öffentlichen Jugendhilfe, unmittelbar nach den Grundsätzen des Gesetzes ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen, in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege vorzuhalten. Für einen Übergangszeitraum bis zum 01.10.2010 wird für Kinder ein Vorrang eingeräumt, deren Wohl nicht gesichert ist und deren Eltern oder Elternteile eine Ausbildung oder Erwerbstätigkeit aufnehmen oder an einer Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen (Hartz IV) am Arbeitsmarkt teilnehmen.

In Heidelberg haben wir das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut.

So hat der Jugendhilfeausschuss mit der Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2004/2005 insgesamt 485 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung gestellt. Dies entspricht einer Versorgungsquote von 15,45 Prozent. Wenn man weiß, dass das Land Baden-Württemberg insgesamt für diese Altersgruppe nur eine Versorgungsquote von circa 3 Prozent hat, dann stehen wir mit unserem bereits getätigten Ausbau sehr gut da

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz mit den neuen Bedarfskriterien erfordert, dass die Planung von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren zusammen mit allen Trägern von Einrichtungen neu ausgestaltet werden muss. Ich werde Ihnen dazu für die neue Bedarfsplanung des Kindergartenjahres 2005/2006 einen Vorschlag unterbreiten.

### **Nachhaltige Entwicklung bleibt das Entwicklungsziel Nr. 1!**

„Global denken und lokal handeln“ ist nach wie vor das prägnante Motto nachhaltiger Kommunalpolitik und der lokalen Agenda 21. Dies zeigte sich u. a. im „Johannesburg-Call“, der von über 600 Bürgermeistern auf der „Rio+10-Konferenz 2002“ in Johannesburg unterzeichnet wurde. Aufgrund dieser Erklärung hat sich der Inhalt der Abschlusserklärung des Johannesburg-Gipfels geändert: Die Beteiligung der Städte an einer nachhaltigen Entwicklung wird nun ausdrücklich gefördert, darauf können sich alle Städte in allen Ländern in Zukunft berufen. Dies gilt für alle Bereiche der Nachhaltigkeit. Der Gemeinderat hat beschlossen, diese Aktivitäten fortzusetzen mit der Entscheidung für „Aalborg+10“.

Nachhaltigkeit ist auch für uns in Heidelberg das zentrale Leitziel, dem wir verpflichtet sind. Dies soll sich in Zukunft noch stärker als bisher in der alltäglichen Arbeit von Verwaltung und Gemeinde-

rat widerspiegeln. Wir werden deshalb ab Januar alle wichtigen Informations- und Beschlussvorlagen vor der Beratung und Entscheidung im Gemeinderat anhand der Ziele des Stadtentwicklungsplans, unserer Lokalen Agenda, prüfen und beurteilen. Dadurch wird den Mitgliedern des Gemeinderats die Möglichkeit gegeben, das Ergebnis dieser Prüfung der Nachhaltigkeit in ihre Entscheidungen einzubeziehen.

### **Der demografische Wandel hat wesentlichen Einfluss auf die nachhaltige Entwicklung!**

Der sozio-demographische Wandel wird auch in Heidelberg langfristig zu tiefgreifenden Veränderungen führen, auch wenn sie später als in vielen anderen Städten eintreten werden. Die Position Heidelbergs als einem der beliebtesten Wohn-, Arbeits- und Ausbildungsstandorte in Deutschland bleibt nach der Bevölkerungsprognose für die nahe Zukunft ungebrochen. Deutliche Zunahme der Bevölkerung bis 2020, allerdings nur aufgrund von Wanderungen, danach Stagnation, ab 2030 ist mit einer deutlichen Abnahme zu rechnen. Die sozialen Polarisierungstendenzen werden zunehmen. Prozesse sozialer und ethnisch-kultureller Desintegration sowie die Bildung von Parallelgesellschaften dürften ohne Integrationsmaßnahmen, die mit dem Erlernen der deutschen Sprache beginnen, ansteigen.

Die Situation von Migrantinnen wird sich mit dem neuen **Zuwanderungs- und Aufenthaltsgesetz** ab dem 1. Januar 2005 erheblich verändern. Das bisherige doppelte Genehmigungsverfahren (Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitsgenehmigung) wird durch ein internes Zustimmungsverfahren ersetzt, das unserer Ausländerbehörde belasten wird. Hinzu kommt noch die Organisation und Koordinierung der Integrationskurse, mit denen Neuzuwanderer aus Drittstaaten, aber auch bereits hier in Heidelberg lebende Migrantinnen und Migranten mit der deutschen Sprache, der Gesellschafts- und Rechtsordnung, der Kultur und Geschichte vertraut gemacht werden sollen.

Zur frühzeitigen Vorbereitung auf den demographischen Wandel werden verwaltungsintern Arbeitsgruppen zu den aus meiner Sicht fünf wichtigsten Handlungsfeldern eingerichtet:

1. Investitionen Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt
2. Stärkung der Humandienstleistungen und Anpassung der Infrastruktur
3. Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung
4. Neue Weichen in der Integrationspolitik
5. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Generationenbeziehungen

Außerdem beabsichtige ich, den Produkt- und Leistungsplan um das Produkt „Anpassung der Stadt an den demographischen Wandel“ zu ergänzen und entsprechend den Vorschlägen aus den Arbeitsgruppen Handlungskonzepte und Maßnahmevorschläge in die Zielvereinbarungen aufzunehmen. Die Übernahme in die Finanzplanung und Budgetierung erfolgt - natürlich in Abstimmung mit Ihnen - danach und mit der Abstimmung über die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans.

### **Eine ausgeglichene Wohnungsbaupolitik sichert diese Entwicklung!**

Überproportional viele Familien mit Kindern, vor allem mit mittlerem Einkommen und am Anfang ihrer Berufskarriere verlassen die Stadt, um in der Umgebung eine preiswerte Mietwohnung zu finden oder Wohneigentum zu erwerben. Nach einer von der Stadt 2002 durchgeführten Wohnungsmarktumfrage sucht die Mehrheit der jungen Familien - nämlich 64 Prozent - eine Mietwohnung. Das hat mich überrascht, denn das Ergebnis zeigt, dass nicht die fehlende Möglichkeit zur Bildung von Wohneigentum in Heidelberg der entscheidende Abwanderungsgrund ist, sondern vor allem das fehlende Angebot von preiswerten und familiengerechten Mietwohnungen. Um diese strukturelle Abwanderung einzudämmen gilt es, in Heidelberg deshalb in erster Linie innerstädtischen Wohnungsneubau - wie etwa in der Bahnstadt - anzukurbeln. In relativ kurzer Zeit und in nennenswertem Umfang zu differenzierten, erschwinglichen Preisen Wohnraum zu erstellen, ist nur noch in wenigen Gebieten der Stadt möglich.

Die aus vielerlei Gründen für Heidelberg sinnvolle Förderung der Wohneigentumsbildung setzt interessante Angebote in attraktiven Wohnlagen voraus: durch Wohnungsneubau, aber auch durch Sanierung und Umbau. Auch daraus ergibt sich für die Stadt die Notwendigkeit erheblicher Flächenausweisungen für Wohnungsneubau, denn nur mit einem ausreichend großen und breiten Wohnungsangebot können wir die mobilen Haushalte der Hochqualifizierten hier halten und nach Heidelberg holen, aber auch die vielen anderen, die gerne hier arbeiten und wohnen wollen.

Für die Stadt Heidelberg lässt sich heute bereits ausmachen, dass ihre Bewertung als attraktiver Wohnstandort für die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Stadt entscheidend sein wird. Unabhängig von der Prognose über weitere Engpässe auf dem Wohnungsmarkt gilt: die Wohnkosten müssen mittelfristig reduziert werden auch wenn dem preiswerten Bauen teilweise objektive Grenzen gesetzt sind.

Der **neue Stadtteil Bahnstadt** eröffnet hier mit 2.500 Wohnungen und 7.000 Arbeitsplätzen große Entwicklungspotenziale. Das städtebauliche Gerüst für die Bahnstadt ist formuliert, in einigen Teilbereichen bestehen schon weitergehende Vorstellungen und Ideen für eine bauliche Umsetzung.

Die Öffentlichkeitsarbeit für die Bahnstadt hat mit einer großen Informationsveranstaltung in der Halle 02 am 15.07.2004 begonnen und wird im Jahr 2005 fortgesetzt.

Am 03. Dezember 2004 fand die erste Planungskonferenz zum Thema Wohnen als Teil der Bürgerbeteiligung statt. Der Gemeinderat hat am 18.11.2004 die Besetzung des Fachbeirats Bahnstadt beschlossen, der am 30. November erstmals tagte. Damit ist der umfassende Bürgerbeteiligungsprozess für dieses Jahrhundertprojekt in Gang gesetzt.

Von verschiedensten Seiten wird uns immer wieder bestätigt, dass die **Stadtteilrahmenplanung** in Deutschland beispielhaft ist. In diesem Jahr können wir den 12. Stadtteilrahmenplan fertig stellen, das Entwicklungskonzept und die Maßnahmenvorschläge für Schlierbach. Bereits begonnen hat mit dem Workshop, der am 16. November 2004 stattfand, die Arbeit am Stadtteilrahmenplan für den Boxberg. Der Teil 2 „Entwicklungskonzept und Maßnahmenvorschläge“ für diesen Stadtteil wird im Sommer und Herbst des nächsten Jahres in die Gremien zur Diskussion kommen. Der letzte Stadtteilrahmenplan, nämlich der für die Altstadt wird im Jahr 2006 fertig werden und sicherlich auf breites öffentliches Interesse stoßen.

**Die Bürgerkommune Heidelberg ist Teil einer notwendigen demokratischen Weiterentwicklung!**

Während der 14 Jahre meiner Amtszeit ist es gelungen, Heidelberg zu einer Stadt zu entwickeln, die durch vielfältige Beteiligungs- und Engagementmöglichkeiten den Namen „Bürgerkommune“ verdient. Die Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft hat ihren Ursprung im aristotelischen Gedankengut und gelangt über Alexis von Tocqueville im 19. Jahrhundert zu ihrer heutigen Bewertung im demokratischen Staat.

Neue Formen der Bürgerbeteiligung und der Bürgermitwirkung wurden in diesen Jahren in vielen Städten erprobt, so auch in Heidelberg, denn eine Gesellschaft mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern ist als Ganzes ein Gewinn. Der amerikanische Sozialwissenschaftler Robert D. Putman hat dieses Sozialkapital der Gesellschaft als die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder zur Zusammenarbeit definiert.

Wir haben in Heidelberg eine hohe Bereitschaft zur Mitgestaltung. 23 Prozent der Bürgerinnen und Bürger über 14 Jahren sind aktiv und weitere 25 Prozent sind bereit zum Engagement. Dieses Potenzial einer aktiven Bürgerschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Beteiligung und Engagement ist Ausdruck einer funktionierenden Zivilgesellschaft und fördert die Lebensqualität.

Ein wichtiger Bereich der Bürgerbeteiligung ist die Partizipation von Jugendlichen an der Kommunalen Politik. Allerdings hat offensichtlich der Jugendrat als Interessenvertretung der Heidelberger Jugendlichen gegenüber dem Gemeinderat und der Stadt seit 1999 trotz ermutigender Aktivitäten noch nicht die erfolgreiche Arbeit machen können, die von den Jugendlichen erwartet wurde. Wenn der Gemeinderat zustimmt, kann im kommenden Jahr ein **Jugendgemeinderat** in Urwahl gewählt und damit ein Neuanfang gemacht werden. Eine entsprechende Satzung – analog der neuen Satzung des **Ausländerrates/Migrationsrates** – wird derzeit erarbeitet und im März 2005 zur Abstimmung in den Gemeinderat kommen.

## Abschluss

Die derzeitige Finanzkrise stellt uns vor neue Herausforderungen. Auf der einen Seite muss die Verwaltung wegen enormer Sparzwänge Kürzungen in allen Aufgabenbereichen vornehmen – auf der anderen Seite sollen jedoch der Bürgersinn gestärkt und die Menschen zur Übernahme von Verantwortung motiviert werden, ohne dass sie den Eindruck bekommen, Lückenbüßer zu sein.

Die Städte, denen es gelingt, diesen Prozess so zu meistern, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Staat, Politik und Bürgerschaft gestärkt und nicht beschädigt wird, werden zukünftig diejenigen sein, die sich mit ihren Bürgern gemeinsam nachhaltig weiterentwickeln können.

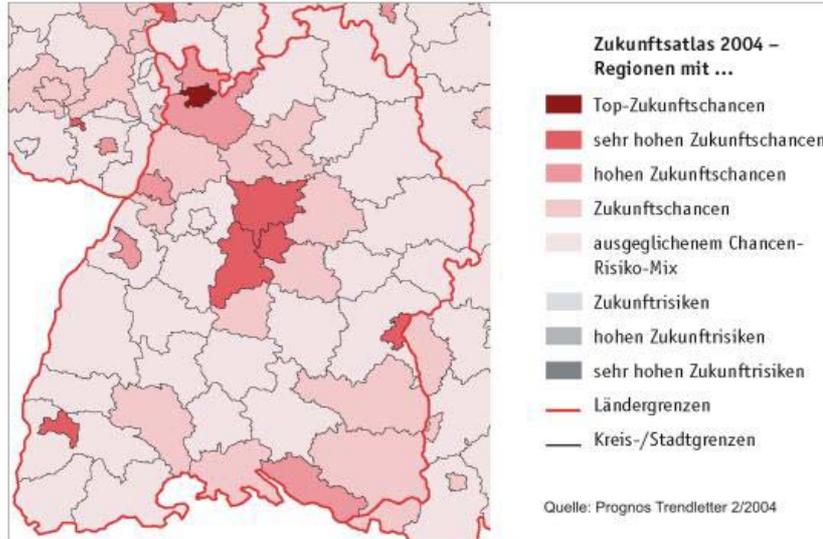
Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen Exkurs zu den Ereignisse in der **Ukraine**. Ich bin der Meinung, dass dort ein hervorragendes Zeichen gegen Diktatur und für Demokratie gesetzt wurde. Die demokratischen Kräfte wurden mobilisiert und scheinen gesiegt zu haben – und das durch den unglaublich starken Willen des ukrainischen Volkes: ein Wille für Demokratie und gegen die Korruption der Oligarchen. Das Rad der Geschichte in der Ukraine ist nicht mehr zurückzudrehen. Ich freue mich für die Menschen dort – auch für die Auswirkungen, die das in unserer Partnerstadt **Simferopol** haben wird. Ich hoffe, dass diese Ereignisse zum Grundstein für ein vertrauensvolleres Verhältnis zwischen Staat, Politik und Bürgerschaft werden. Dann kann sich auch in der Ukraine eine Zivilgesellschaft im europäischen Maßstab entwickeln.

Es liegt in den Händen vieler, diesen Prozess voran zu bringen. In diesem Sinne schließe ich mit dem Zitat von **Hermann Hesse**, das auch die diesjährige Neujahrskarte ziert:

*„Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden.“*

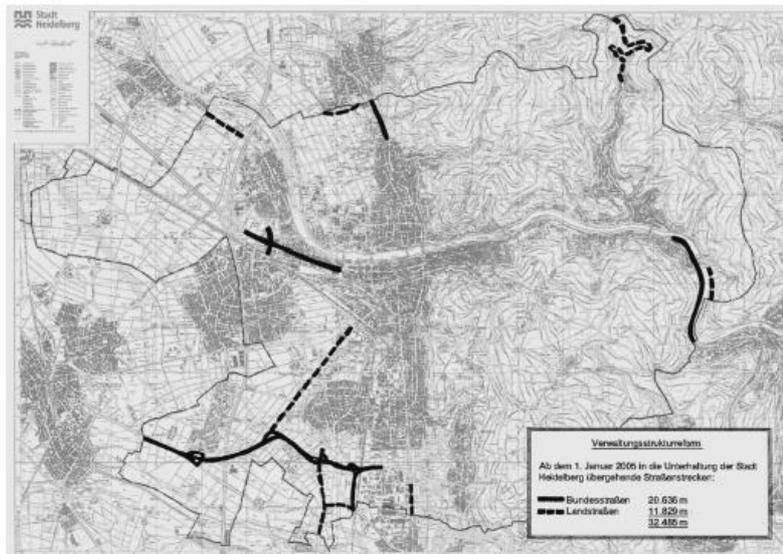
## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

### Prognos Zukunftsatlas 2004



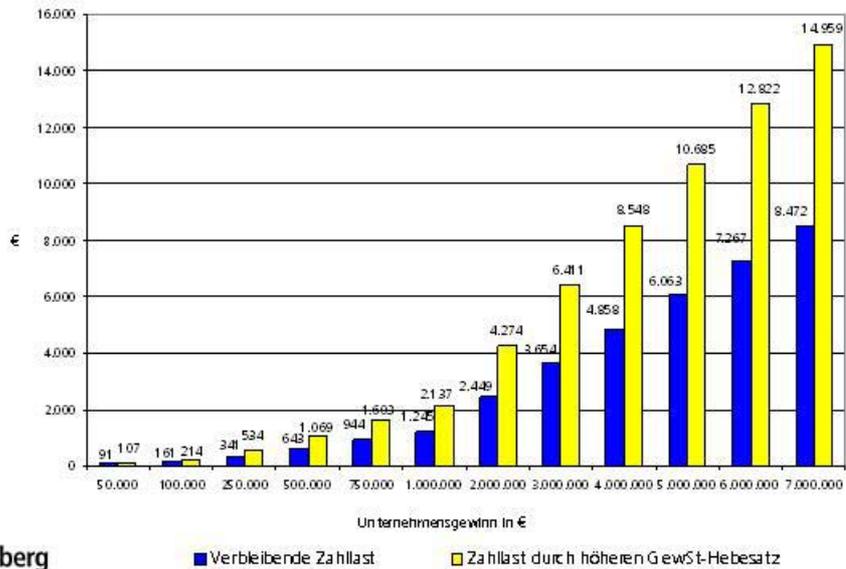
## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

### Straßenabschnitte, die in die Unterhaltung der Stadt kommen



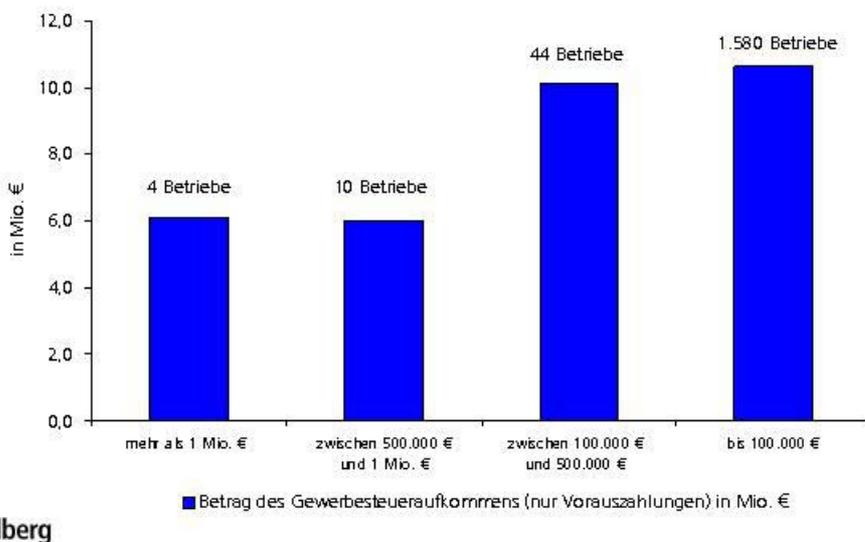
## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

### Mehrbelastungen bei Personengesellschaften durch Hebesatzerhöhung auf 400 v. H.



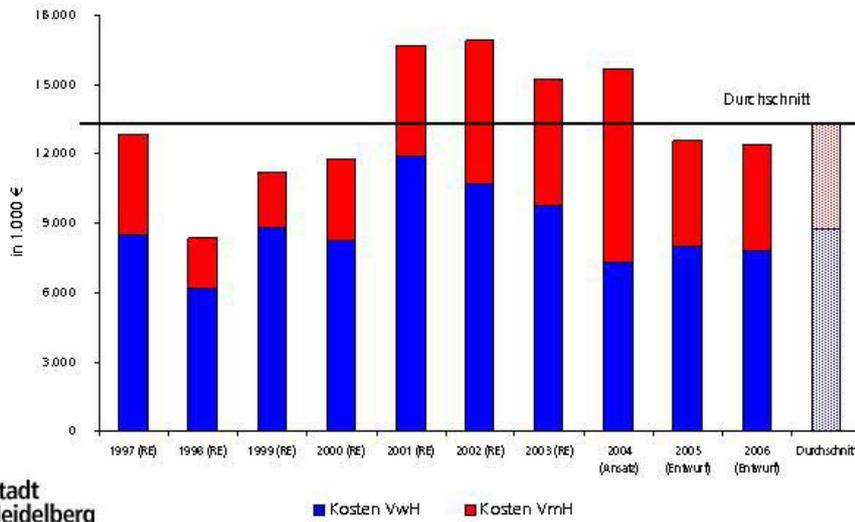
## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

### Aufkommenstruktur bei den Gewerbesteuervorauszahlungen



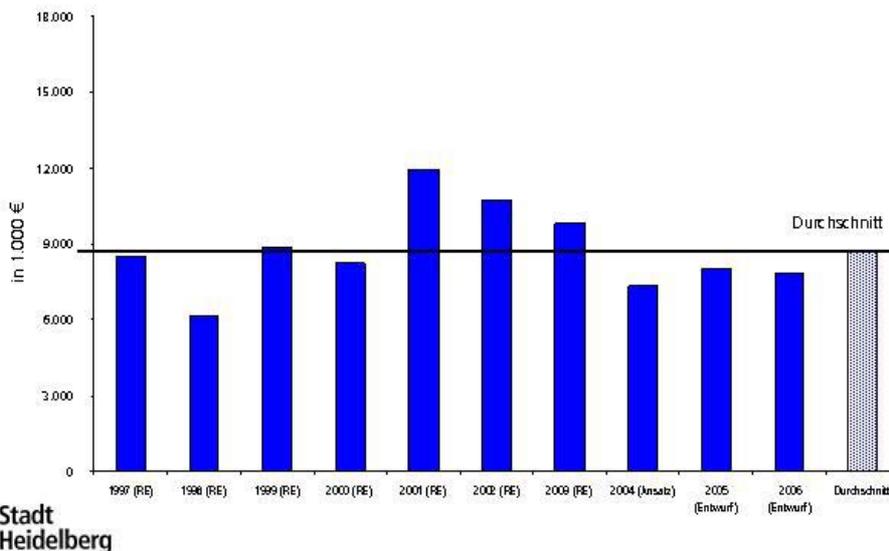
## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

### Bauunterhaltungsmaßnahmen und Grunderneuerungen



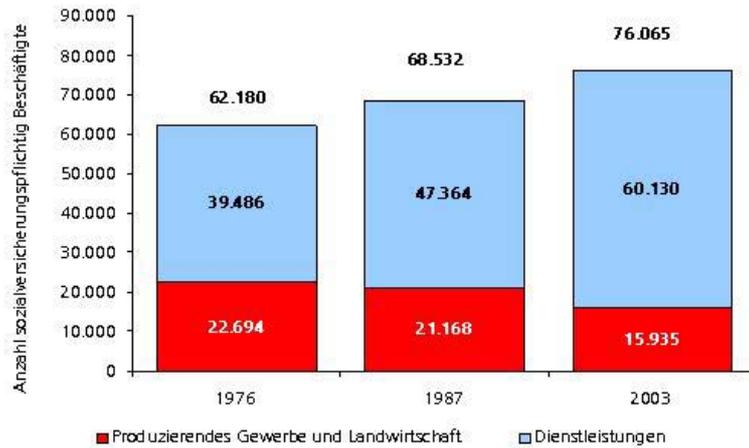
## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

### Bauunterhaltungsmaßnahmen



## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

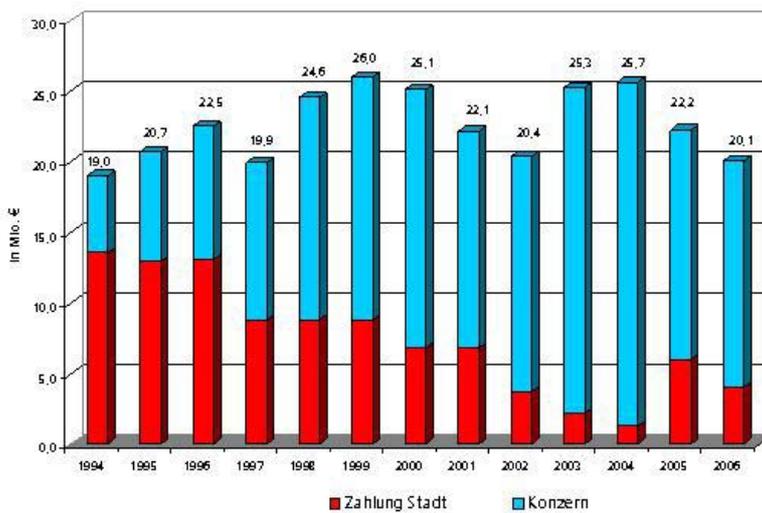
### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Heidelberg 2003 im Vergleich zu 1976 und 1987



7

## Haushaltsplanentwurf 2005 / 2006 Stadt Heidelberg

### Verlustentwicklung der HSB



in 2001 – 2006 bereinigt um S-Bahn  
in 2004 vorbehaltlich Beschluss des Gemeinderats betreffend Weiterleitung der Mittel für die Bäder  
in 2005 Zahlung des Rhein-Neckar-Kreises für die Umlandlinien

8